

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Penner, Bernrath, Büchner (Speyer), Dr. Emmerlich, Graf, Hämmerle, Lambinus, Lutz, Dr. Nöbel, Paterna, Schröer (Mülheim), Dr. Sonntag-Wolgast, Tietjen, Wartenberg (Berlin), Wieczorek-Zeul, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Innenpolitische Aspekte der Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft

Das Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte hat das Ziel der politischen und wirtschaftlichen Einheit Europas nähergebracht. Das Schengener Abkommen vom 14. Juni 1985 ist ein Schritt bei der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes.

Der Abbau der EG-Binnengrenzkontrollen und der europäische Integrationsprozeß werden erhebliche innenpolitische Auswirkungen in der Bundesrepublik Deutschland zur Folge haben.

Die Fraktion der SPD fragt die Bundesregierung nach ihrem Konzept zur Lösung dieser Probleme.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß die Einheitliche Europäische Akte und die Vollendung des EG-Binnenmarktes nicht zu einem Verlust an parlamentarischer Substanz führen?

Wie will sie sicherstellen, daß das Europäische Parlament die Befugnisse erhält, die einem vom Volk gewählten Parlament in der Demokratie zustehen?

Wie will sie sicherstellen, daß der Deutsche Bundestag die gleichen Kontrollrechte erhält, wie sie gegenüber dem Bundesrat eingeräumt wurden?

2. Wird die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes Auswirkungen auf die föderative Struktur der Bundesrepublik Deutschland und die „kommunale Selbstverwaltung“ haben, und wenn ja, welche?
3. Treffen Vermutungen zu, daß durch den EG-Binnenmarkt 1992 und durch den Wegfall der Grenzkontrollen nach dem Schengener Übereinkommen Defizite im Bereich der Inneren Sicherheit – insbesondere bei der Rauschgiftkriminalität, der Waffenkriminalität, dem Menschenhandel und der organisierten Kriminalität – auftreten, und was gedenkt die Bundesregierung

ggf. zu tun, um Beeinträchtigungen zu vermeiden oder zu begrenzen, und inwieweit werden hierdurch die Zuständigkeiten der Bundesländer berührt?

4. Welches Konzept verfolgt die Bundesregierung zur Harmonisierung der europäischen Datenschutzvorschriften angesichts der Schwierigkeiten, die sich aus den abweichenden datenschutzrechtlichen Standards und den voneinander sehr verschiedenen Regelungsansätzen der vielfältigen nationalen Rechtssysteme und Rechtstraditionen ergeben, um den sich aus dem Grundgesetz ergebenden hohen datenschutzrechtlichen Anforderungen der Bundesrepublik Deutschland Rechnung zu tragen?

Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung in welchem Zeitraum?

5. Wie ist der Stand der Harmonisierung des Flüchtlings- und Asylrechts in Europa, und welches Konzept für eine gemeinsame Fortentwicklung des Flüchtlings- und Asylrechts der europäischen Staaten vertritt die Bundesregierung?
6. Wird sich die Bundesregierung für den Entwurf einer EG-Richtlinie zum kommunalen Wahlrecht der Ausländerinnen und Ausländer in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft einsetzen, den die EG-Kommission am 24. Juni 1988 vorgelegt hat? In welcher Weise wird sie auf europäischer Ebene tätig werden, um den Beschluß des Bundestages zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft (Beschluß vom 19. Januar 1989 zu Drucksache 11/2507) umzusetzen?
7. Inwieweit soll der öffentliche Dienst der Bundesrepublik Deutschland nach Auffassung der Bundesregierung für Staatsangehörige der anderen EG-Mitgliedstaaten geöffnet werden?
8. Welche Auswirkungen wird die von der Bundesregierung angestrebte europäische Medienordnung für die Medienstruktur der Bundesrepublik Deutschland haben, insbesondere für den Wettbewerb im Medienbereich, die Vermeidung von Unternehmenskonzentrationen, den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehsystems, das Urheberrecht, die Werbung, den Jugendschutz und die vom Grundgesetz geforderte Kulturhoheit der Bundesländer?

Bonn, den 15. März 1989

Dr. Penner
Bernrath
Büchner (Speyer)
Dr. Emmerlich
Graf
Hämmerle
Lambinus
Lutz

Dr. Nöbel
Paterna
Schröer (Mülheim)
Dr. Sonntag-Wolgast
Tietjen
Wartenberg (Berlin)
Wieczorek-Zeul
Dr. Vogel und Fraktion